Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

130 (7.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10161.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 130 — Dienstag, den 7. Juni 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Reichstagswahlen finden am Sonntag, 31. Juli, statt.

*

Zum Reichsarbeitsminister wurde der Präsident des Reichsversicherungsamts Schäffer vom Reichspräsidenten ernannt.

*

Das Reichskabinett will die politischen Notverordnungen, also auch das SA.-Verbot aufheben.

*

In Mecklenburg errangen die Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen wie in Oldenburg mit 30 Mandaten die absolute Mehrheit im Parlament, doch ist das Ergebnis noch zweifelhaft.

*

In Memel wurde ein reindeutsches Direktorium aus den deutschen Mehrheitsparteien gebildet.

*

Am Dienstag wird Herriot in der Kammer seine Regierungserklärung abgeben.

*

Die Lage in Chile gilt als sehr ernst, da der größte Teil der Bevölkerung angeblich gegen die neue Regierung eingestellt sein soll. In Süchile ist eine Gegenrevolution ausgebrochen, über deren Erfolg oder Mißerfolg nähere Einzelheiten noch fehlen.

*

Die neue chilenische Regierung hat beschlossen, Sowjetrußland anzuerkennen und die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen.

*

Der Minister für die Dominion machte am Montag im Unterhaus die Aufsehen erregende Mitteilung, daß er zu Verhandlungen mit der irischen Regierung in Begleitung des Kriegsministers nach Dublin fahren werde. Dieser Besuch ist auf eine Einladung de Valeras zurückzuführen.

Die Vorlage zum Ausgleich des amerikanischen Haushalts ist vom Parlament endgültig verabschiedet und von Präsident Hoover am Montag unterzeichnet worden. Das Gesetz sieht Erhöhungen einer ganzen Reihe von Steuern vor. Außerdem ist eine Erhöhung des Briefportos und der Zölle für Oel, Kohle, Kupfer und Bauholz vorgesehen.

Reichstagswahlen am 31. Juli

Berlin, 6. Guni. Der Reichspräsident hat eine Verordnung unterzeichnet, durch die als Termin der Reichstagswahlen der 31. Juli festgelegt wird.

Der neue Reichsarbeitsminister

Berlin, 6. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Schäffer zum Reichsarbeitsminister ernannt. Minister Schäffer gilt als ein hervorragender Beamter, der politisch nicht hervorgetreten ist.

Der zum Reichsarbeitsminister ernannte Präsident des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversorgungsgerichtes Hugo Schäffer, der dieser Tage 57 Jahre alt wird, ist bisher politisch nicht hervorgetreten. Er gilt als hervorragender Sachkenner aller im Reichsarbeitsministerium zu bearbeitenden Materien. Der neue Minister hat seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaft in führenden Stellungen der rheinischen Industrie wie auch im oberen Verwaltungsdienst erworben. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen und Berlin trat er zunächst in die Dienste der Firma Krupp, kam dann in den höheren Verwaltungsdienst in Württemberg, war 1909 und 1916 Regierungsrat und **Ministerialrat im württ. Ministerium des Innern**, ab 1916 stellvertretender württ. Bundesratsbevollmächtigter und dann Ministerialdirektor und stellvertretender württembergischer Bevollmächtigter zum Reichsrat. Im Jahre 1922 und 1923 während des Ruhrkampfes leitete er die Finanzen der Firma Krupp. Im März 1924 wurde er dann in das Amt des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversorgungsgerichtes berufen.

*

Der „Völkische Beobachter" zur Regierungserklärung

München, 6. Juni. In seinem Kommentar zur Regierungserklärung des Reichskabinetts schreibt der „Völkische Beobachter", die NSDAP. werde ihre grundsätzliche oder spezielle Haltung zum Kabinett zur gegebenen Zeit bekanntgeben. Fest stehe, daß die Regierung vor allem klar ausspricht, daß als Bilanz der 13jährigen Herrschaft von Zentrum und Sozialdemokratie eine moralische Zermürbung des deutschen Volkes zugegeben werden muß. Dies in einer amtlichen Kundgebung zu lesen, zeige, **daß die von den Nationalsozialisten durchgekämpfte Ueberzeugung allgemein nationales Gut zu werden beginne.** Weiter heißt es in dem Artikel, die Regierungserklärung habe das Gute, daß sie die Aechtung des nationalsozialistischen Denkens und Handelns aufhebe und eine freie Entscheidung des deutschen Volkes zu ermöglichen zusage.

Eine Erklärung der Regierung Brüning an die neue Reichsregierung

T.U. **Berlin**, 6. Juni. Der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichen folgende Erklärung:

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben.

Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen.

Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben, entgegentreten.

Wohin gehen die Vorwürfe?

Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit?

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Wirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die auf das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders starke Wirkungen haben mußte. In einer Zeitspanne, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — wie immer die Zusammensetzung einer Regierung sein mochte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzuriegeln.

Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Aufwendung von hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden Mark gedrosselt. Das sind nicht „schwache Ansätze", wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche Anpassung an die Armut der Nation ist weitestgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes Einzelnen fühlbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen im großen Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet. Dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt. Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Etatsjahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiteren Volkskreisen Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerkes in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen.

Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.

Wir haben nicht „eine Bilanz gefordert", sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volke in aller Oeffentlichkeit vorgestellt.

Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zersetzenden Strömungen im Lande alle Kraft aufgeboten. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenbekämpfung zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte geistige Ueberwindung dessen, was an zersetzenden Kräften innerhalb des deutschen Volkskörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der Einzelnen erfolgen. Mit polizeilichen Mitteln allein ist keine christliche Volkskultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglichster Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfälschung bewahrt und so weiter geführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.

Besprechungen über die Preußenfrage beim Reichskanzler

T.U. **Berlin**, 7. Juni. Am Montag abend empfing, nach einer Meldung des „Tag", Reichskanzler von Papen den Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, zu einer Aussprache, die man in parlamentarischen Kreisen mit der Preußenfrage in Verbindung bringe. Es seien weitere Empfänge von Vertretern der Nationalsozialisten und des preußischen Zentrums geplant. Ob die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, lasse sich noch nicht übersehen.

Falsche Gerüchte über den Reichspräsidenten

Berlin, 6. Juni. In der in- und ausländischen Presse der letzten Tage sind die verschiedensten falschen Gerüchte und unwahren Behauptungen über Absichten des Reichspräsidenten und verschiedener Regierungsmitglieder in Umlauf. Die vor einigen Tagen in der deutschen Presse aufgetauchten Kombinationen über **Rücktrittsabsichten des Reichspräsidenten**, die jetzt auch in der Auslandspresse erscheinen und die in Zusammenhang gebracht werden mit Plänen über eine **Berufung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser**, werden von zuständiger Seite in vollem Umfange dementiert. Ganz autoritativ und von erster Stelle aus kann dazu gesagt werden, daß **an diesen Behauptungen kein wahres Wort ist.**

Unzutreffend sind auch die Behauptungen über die Parteizugehörigkeit des Reichsverkehrsministers Freiherr von Eltz-Rübenach. Minister Freiherr von Eltz-Rübenach stellt diesen Behauptungen gegenüber fest, daß er parteipolitisch in keiner Weise gebunden ist, und daß weiter die Angabe über die Parteizugehörigkeit seiner nächsten Familienmitglieder unzutreffend sind. Offenbar handelt es sich dabei um Personenverwechslungen.

Auch die Behauptungen eines Berliner Montagsblattes über die Berufung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Planck, sind unzutreffend. Staatssekretär Planck hat nicht vor seiner Berufung den bisherigen Reichskanzler Dr. Brüning gefragt, ob er annehmen dürfe und von Dr. Brüning die Antwort erhalten, daß Planck auf ihn keine Rücksicht zu nehmen brauche, **sondern Staatssekretär Planck hat auf ausdrücklichen Wunsch Dr. Brünings sein neues Amt übernommen.**

Londoner Erklärungen des Reichsaußenministers

London, 6. Juni. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath empfing den Vertreter des Reuterbüros zu einem Interview. Der Minister erklärte: „Es müsse für jeden unvoreingenommenen Beobachter klar sein, daß das neue deutsche Kabinett, das sich aus Männern guten Willens und gesunden Menschenverstandes zusammensetzt, die zum größten Teil als Beamte beträchtliche Schulung für ihren jetzigen Posten erhalten haben, **eine Fachregierung darstellt**, die zusammenberufen worden ist, um die vielen schwierigen Probleme zu behandeln.

Reichsaußenminister von Neurath beim englischen König und Außenminister Sir John Simon.

T.U. **London**, 6. Juni. Der deutsche Reichsaußenminister und frühere Botschafter in London, Freiherr von Neurath, stattete am Montag vormittag dem englischen Außenminister Sir John Simon seinen Abschiedsbesuch ab. Die Unterredung dauerte längere Zeit und gab von Neurath Gelegenheit, Sir John Simon die Lage in Deutschland darzulegen. Gegen Mittag empfing der König Freiherrn von Neurath in Audienz. Danach verbleiben der Reichsaußenminister und seine Gemahlin zum Frühstück im Buckinghampalast.

Abschied des preuß. Ministerpräsidenten Braun vom Amt

T.U. **Berlin**, 7. Juni. Der preußische Ministerpräsident, Otto Braun, hat, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, am Montag einen Urlaub angetreten. Zu seinem Vertreter hat er den Wohlfahrtsminister Steiger (Ztr. bestimmt, der von nun an als ältester Minister den Vorsitz im preußischen Staatsministerium führen wird.

Unverschämte polnische Note an Danzig

T.U. **Berlin**, 7. Juni. In der Angelegenheit der polnischen Boykottpropaganda auf Danziger Gebiet hat, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Danzig, der diplomatische Vertreter Polens, Papee, eine neue Note an den Senat gesandt. Papee bezeichnet darin unerhörter Weise die polnische Boykottbewegung als eine „Reaktion der polnischen Oeffentlichkeit auf die von den Danziger Behörden geduldete und sogar geförderte Propaganda Danzigs gegen Polen". Hinsichtlich der erwähnten Flugblätter habe der Minister die Eisenbahnbehörden beauftragt, den Organen der Eisenbahnpolizei „die notwendigen Anordnungen" zu erteilen. Die Note schließt mit dem Ersuchen, daß die Danziger Polizei sich künftig der Einmischung in die Kompetenzen der polnischen Eisenbahnpolizei enthalte. Papee erdreistet sich ferner, die Erwartung auszusprechen, daß auch der Senat unverzüglich Maßnahmen ergreifen werde, um energisch „jeder polenfeindlichen Propaganda" und Boykottbewegung auf dem Gebiete der Freien Stadt entgegenzutreten.

Einwanderungsverbot für Kommunisten u. Anarchisten in U.S.A.

T.U. **Washington**, 6. Juni. Das Repräsentantenhaus nahm eine Vorlage an, wonach Kommunisten und Anarchisten die Einwanderung verboten wird und in den Vereinigten Staaten befindliche Kommunisten und Anarchisten des Landes verwiesen werden.

Weiter nahm das Repräsentantenhaus eine Vorlage an, wonach ⅔ der Besatzung aller Schiffe der Vereinigten Staaten Bürger der U.S.A. sein müssen.

*

Dawes nicht mehr Präsident der Finanzrekonstruktionsgesellschaft.

T.U. **Washington**, 7. Juni. Das Weiße Haus hat bekanntgegeben, daß General Dawes von seinem Posten als Präsident der Finanzrekonstruktionsgesellschaft zurückgetreten ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Kabinett Herriot

Politische Stabilisierung in Frankreich

Zum drittenmal ist Edouard Herriot Ministerpräsident geworden. Zum erstenmal stand er an der Spitze der französischen Regierung nach dem Wahlsieg des Linkskartells am 11. Mai 1924. Er stürzte auf das gründlichste den nationalen Regierungsblock. Nicht nur der damalige Ministerpräsident Poincare, sondern selbst der Präsident der französischen Republik, Millerand, mußte das Feld räumen. Am 15. Juni 1924 war das Ministerium Herriot gebildet. Der Ministerpräsident übernahm, genau wie diesmal, zugleich das Außenministerium. Genau wie diesmal sind die Sozialisten, die Bundesgenossen während des Wahlkampfes, außerhalb der Regierung geblieben.

Zehn Monate später, am 10. April 1925, wurde Herriot gestürzt. Er hat auf außenpolitischem Gebiete nennenswerte Erfolge erzielt (u. a. hat er die Liquidierung des Ruhrkampfs. die erste Reparationsregelung und die Anerkennung Sowjetrußlands durchgeführt), scheiterte aber an finanzpolitischen Fragen. Es ist ihm nicht gelungen, den Sturz des Francs aufzuhalten. Er hat die Sozialisten enttäuscht, die ihm schließlich die kalte Schulter zeigten.

In schneller Folge kamen zwei Kabinette Painleve und drei Kabinette Briand ans Ruder. Am 19. Juli 1926 wurde Herriot zum zweitenmal Ministerpräsident. 48 Stunden später war er ein erledigter Mann. Sein zweites Ministerium wurde bei der Vorstellung in der Kammer gestürzt. Die Rolle des Kartells war ausgespielt. Zwei Tage später wurde Raymond Poincare Ministerpräsident. Es war ein Ministerium der nationalen Konzentration, in dem Herriot das Portefeuille des Unterrichtsministers erhielt. Der Franc schnellte in die Höhe. Er wurde durch Poincare gerettet.

Die Kammerwahlen 1928 haben Herriot, obwohl er rechtzeitig das Kabinett Poincare verließ, in die Opposition gedrängt. Er hat auf die Parteiführung verzichtet. Seine politischen Freunde, Daladier und Chautemps, haben wiederholt versucht, die Macht an sich zu reißen, jedoch ohne Erfolg.

Jetzt, nach den Wahlen des 1. und 8. Mai, steht Herriot wieder da, an der Spitze der stärksten Partei in der Kammer und an der Spitze einer Regierung, die zwar eine Minderheitsregierung ist, aber bis auf weiteres keine Angst vor der Zukunft zu haben braucht. Diesmal waren es die innenpolitischen Dinge, die Herriot zum Siege verhalfen. Die Regierung der gemäßigten Rechten, Laval-Tardieu bezw. Tardieu-Laval, vermochten nicht den Einbruch der Krise in Frankreich zu verhüten. Die französische Insel im Krisenmeer existiert nicht mehr. Die Einfuhr die 1928 einen Monatsdurchschnitt von 4453 Millionen Francs aufwies, fiel im März 1932 auf 2618 Millionen, um im Frühjahr weiter zu sinken. Die entsprechenden Zahlen für die französische Ausfuhr sind noch verheerender. 1720 Millionen gegen 4285 Millionen Francs. Die Eisengewinnung fiel in derselben Zeit von 832 000 auf 458 000 Tonnen. Sie steht unter der 400 000-Grenze.

Dies waren die letzten Ursachen für den Sieg Herriots. Jetzt muß er zeigen, ob er imstande ist, Frankreich von einer weiteren Vertiefung der Krise besser zu bewahren, als er vor sechs Jahren es mit dem Franc zu tun vermochte. Die Situation, in der sich das dritte Kabinett Herriot befindet, weist eine gewisse Aehnlichkeit mit der Lage der ersten Regierung auf, allerdings mit dem Unterschied, daß die Welt damals im Zeichen eines Konjunkturaufstieges stand, während sie heute unter der Last einer noch nie dagewesenen Krise endgültig zusammenzubrechen droht.

Die **neue Regierung** umfaßt 18 Minister und 11 Unterstaatssekretäre. Fraktionsmäßig verteilen sich die Regierungsmitglieder wie folgt: Neun radikale Abgeordnete, ein Sozialrepublikaner, ein rechtsstehender Sozialist, ein Mitglied der radikalen Linken, ein Linksrepublikaner. Von den fünf dem Kabinett angehörenden Senatoren sind vier bei der radikalen Senatsfraktion eingeschrieben, während Paul Boncour bei keiner Partei eingeschrieben ist. Die Unterstaatssekretariate wurden zehn Abgeordneten und einem Senator übertragen.

Herriot und seine politischen Freunde haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß eine Uberwindung der Krise ohne politische Verständigung internationaler Art unmöglich sei. In Bälde wird der französische Ministerpräsident und Außenminister Herriot in Lausanne Gelegenheit haben, diese seine Ueberzeugung durch Taten zu bekräftigen. Zwar ist mit einer radikalen Wendung in der französischen Außenpolitik nicht zu rechnen, aber es muß doch festgestellt werden, daß Außenminister Herriot ein angenehmerer Verhandlungspartner ist als Außenminister Tardieu. Die deutsche Diplomatie hat also heute etwas mehr Chancen als noch vor kurzem.

Painleve zur Reparationsfrage

Frankfurt a. M., 6. Juni. Painleve, der neue französische Luftfahrtminister und Vorsitzender des Rates für nationale Verteidigung, hatte mit dem Vertreter des „Frankfurter Generalanzeigers" eine längere Unterredung. Auf die Frage des Korrespondenten über die sogenannte Ausgleichskasse erklärte Painleve: **Frankreich hat Anspruch auf die deutschen Leistungen; Deutschland kann aber gegenwärtig nicht zahlen. Das Fortbestehen der Forderung vergiftet die Beziehungen. Es ist notwendig, die Luft zwischen den beiden Völkern zu reinigen.** Wenn jedoch Frankreich für alle Zeiten bedingungslos verzichtet, besteht die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit, daß Deutschland auf Grund seiner besseren technischen Ausrüstung und überdies von allen Lasten befreit, in einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf tritt, der für die jetzigen Gläubiger Deutschlands, die auf ihre Forderung verzichtet haben, eine schwere Gefahr bedeuten würde. Wenn jedoch ein Verzicht ausgesprochen werden soll, muß gegen diese Möglichkeit ein Schutz geschaffen werden, ein Ausgleich. Ich habe dafür das Wort Ausgleichskasse gebraucht, das offenbar so viel Mißverständnis hervorruft. Um den Ausgleich zu schaffen ist ein Wohlfahrtsindex notwendig. Was ist das beste Meßinstrument für die Wohlfahrt eines Landes? Der Verkehr. Wenn also die deutschen Verkehrsmittel — Eisenbahnen und Handelsschiffahrt — in ein internationales System einbezogen würden, ist eine Gewähr gegeben, daß im Falle eines starken Aufblühens der deutschen Wirtschaft auch die anderen Staaten teilnehmen. Eine solche Internationalisierung der Verkehrsmittel würde eine Beschränkung für die allzu starke wirtschaftliche Enttäuschung der einen Seite und einen Ausgleich für die wirtschaftlich Schwächeren bilden. Als Vorbild könne die Organisation der französischen Eisenbahnen gelten, für die mit Rücksicht auf die staatliche Ausfallhaftung schon immer ein Ausgleichssystem besteht. Auf die Frage des Korrespondenten, daß er **die Möglichkeit eines französischen Verzichts** sowohl auf die geschützten wie auf die ungeschützten Jahresleistungen in Erwägung gezogen habe, erwiderte Painleve: **Ja, unter zwei Bedingungen, daß Amerika der Streichung zustimmt und ferner, daß irgend ein Ausgleichssystem gegen eine allzu starke Entfaltung der deutschen Wirtschaft geschaffen wird.**

Die sozialistische Regierung Chiles schon wieder zurückgetreten

T.U. **Santiago de Chile**, 7. Juni. Die vorläufige sozialistische Regierung Chiles ist auf den Druck Washingtons und Londons hin zurückgetreten. Das diplomatische Korps teilte dem Regierungsausschuß mit, daß die Länder die neue Regierung nicht anerkennen und für die Verluste verantwortlich machen, die das fremde Kapital durch den Umsturz erleidet.

Es ist völlig unbestimmt, wer die Nachfolgeschaft der Junta antritt. Die Lage ist vollkommen verwirrt.

*

Gegenrevolution in Chile

Santiago, 6. Juni. In Südchile ist eine Gegenrevolution ausgebrochen, die sich **gegen das neugebildete sozialistische Kabinett** richtet. Nach Meldungen aus dem Süden des Landes haben sich die Garnisonen von Concepcion und Talcahuano den Gegenrevolutionären angeschlossen.

Alle Bruchleidende

werden auf das heutige Inserat des Spezialbandagisten K. Ruffing aufmerksam gemacht.

Rumänien in der Sackgasse

Rumänien in der Sackgasse

Von allen Ländern Südosteuropas steht Rumänien einem völligen Wirtschafts- und Finanzzusammenbruch am nächsten. Als König Carol der Zweite am 18. April 1931 den Mann seines besonderen Vertrauens, Professor Jorga, zum Ministerpräsidenten ernannte, war es allen Einsichtigen klar, daß dieses Ministerium das Schicksal der Krone in seinen Händen hält. Nachdem das Regime der nationalen Bauernpartei gestürzt wurde, um einem Kabinett S. Majestät Platz zu machen, sagten sich alle guten Kenner Rumäniens, daß der König ein gewagtes Spiel eingeleitet habe. Nunmehr ist Professor Jorga mit seinem Latein zu Ende. Die Wirtschaftskrise hat sich stärker als er gezeigt. Die größten Vollmachten haben ihm nichts geholfen. Rumäniens Staatskasse ist leer. Erst kürzlich hat ein französischer Finanzsachverständiger, der an Ort und Stelle Rumäniens Finanzlage studiert hat, sich außerordentlich pessimistisch ausgesprochen. Er hat dem König einen Abbau der Beamtengehälter um sage und schreibe 50 bis 70 Prozent vorgeschlagen!

Unter diesen Umständen mußte das heutige politische Regime in Rumänien zusammenkrachen. Jetzt sucht der König bei Titulescu Zuflucht. Titulescu, zur Zeit rumänischer Botschafter in London, gehört zu den führendsten Staatsmännern seines Landes. Er steht außerhalb der Parteien und verfügt über große Autorität bei allen politischen Richtungen. Er war in früheren Zeiten vorübergehend Außenminister, zog es aber bald vor, zurück nach London zu gehen, wo er schon vorher Botschafter war. In den letzten Jahren hat Carol wiederholt versucht, Titulescu an die Spitze der Regierung zu stellen, und nach dem Sturz des Regimes der Nationalen Bauernpartei lag es nur an dem berühmten Staatsmann, die Macht zu ergreifen. Er hat es klugerweise abgelehnt. Ob er jetzt unter unvergleichlich schwierigeren Bedingungen dazu bereit sein wird? Aber selbst Titulescu kann heute seinem Lande nicht mehr helfen. Es müßte eine tiefgreifende Wandlung in der außen- und innenpolitischen Lage Rumäniens sich vollziehen, um dieses Land aus der Sackgasse herauszuführen, in der es sich heute befindet.

*

Das neue rumänische Kabinett

Bukarest, 6. Juni. Das neue rumänische Kabinett ist unter dem **Bauernführer Vojda** gebildet worden und hat bereits den Eid geleistet. Titulescu hat also versagt.

Verbandstag des DHV.

Hamburg, 6. Juni. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband veranstaltete hier seinen 23. Verbandstag. Aus dem Rechenschaftsbericht über die beiden letzten Jahre geht hervor, daß der DHV. mit 400 000 Mitgliedern als einziger großer Berufsverband seinen Bestand voll behauptet hat. In einem Vortrag über soziale Wirtschaftspolitik wandte sich Max Hegewald gegen jeden Versuch zur gewaltsamen Lösung der Krise durch Währungsexperimente und betonte, der DHV werde mit äußerster Entschiedenheit die Tarifverträge, das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitserklärung als wichtigste Punkte des Arbeitnehmerschutzes verteidigen. Verbandssekretär Bechly wies darauf hin, daß der DHV. den Kampf um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften entschieden führen werde, unabhängig von jeder Partei. Zu dem Regierungswechsel erklärte der Redner, der Verband mache seine Haltung abhängig von der Haltung der Regierung zu seinen nationalen und sozialen Zielen.

Deutsches Memel-Direktorium

Memel, 6. Juni. Die Verhandlungen über die Direktoriumsbildung wurden am Montag zu Ende geführt. Das Ergebnis ist die Bildung eines **rein deutschen Direktoriums.** Der Führer der Volkspartei und Syndikus der Memeler Handelskammer, **Dr. Schreiber**, wurde zum **Präsidenten des Direktoriums** ernannt. Zu Landesdirektoren wurden der Landwirtschaftsparteiler **Szigaus** und der Hauptlehrer **Walgahn**, Volksparteiler, ernannt.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[26

Es mußte doch irgendeinen Haken haben, daß John sich auch nicht das mindeste aus den Frauen machte. Mein Gott, sie hatten auch bei ihm selbst nie eine große Rolle gespielt; aber er war doch, in jungen Jahren wenigstens, nicht so völlig gleichgültig an ihnen vorübergegangen wie John.

In letzter Zeit gefiel ihm der Bruder schon gar nicht mehr. Nervös war er geworden und geradezu einsiedlerisch. Jetzt suchte er schon jede Gelegenheit, sich von den gemeinschaftlichen Teeabenden mit den Freunden und Freundinnen zu drücken, an denen er früher so viel Freude gehabt hatte. Er suchte die Einsamkeit, und die Freunde fingen an, sich bei George zu beklagen.

Die Miftons mied John völlig. Und George hatte doch so große Hoffnungen gehabt auf eine Verbindung Johns und Mabels.

Unaufhörlich schritt der grübelnde Mann auf und ab, den Rauch seiner schweren Havanna hervorstoßend. Dann klingelte er, ließ John rufen. Er wollte einmal gründlich mit ihm reden.

Der Diener meldete, daß Mister John ausgefahren sei, mit seinem neuen Rolls Royce.

Also wieder war John allein losgefahren, vielleicht nur deshalb, um das Zusammensein mit dem Bruder zu vermeiden.

Was war das nur, daß ihre ehemalige schöne Gemeinsamkeit so plötzlich gestört war? Was war es, das mit einem Male so unheimlich zwischen ihnen stand?

In diesem Augenblick klopfte es an die Tür. John trat ein, plötzlich und unerwartet. Das ovale Gesicht war frisch gerötet. Es war nicht mehr hager wie früher, sondern angenehm gerundet.

Wie hübsch er war, der große Junge! Die klaren blauen Augen waren umschattet von dichten, schwarzen Wimpern, und diese waren es wohl, die dem Gesicht des Jünglings den verträumten Ausdruck gaben.

„Morning, George! Heute hättest du mitfahren sollen! Bis zu hundertvierzig Kilometer hab' ich es gebracht. Die Welt surrte nur so an einem vorbei — es war wirklich ein Vergnügen! Und George, schilt nicht! Ich werde sicher einige Strafmandate bekommen. Die Schutzleute haben immer mit ihren bösen Gesichtern hinter mir hergeschaut, mich aufgeschrieben. Einer ist mir sogar mit dem Motorrad gefolgt. Bis er das Wettrennen aufgeben und mir den Sieg überlassen mußte. Aber er wird Geld kosten, der Sieg!"

George hatte eifrig zugehört. Dann rief er aus:

„Gott sei Dank, Junge, endlich mal hast du eine Dummheit gemacht! Ich glaubte schon, du bist zum Mustersohn geboren. Wie schön es ist, daß du über deinen Streich so freudestrahlend sein kannst!"

Er zog John zu sich heran, küßte ihn auf die Wange. Scheu zog John sich bei diesem Gefühlsausbruch des Bruders wieder in sich zusammen, wich fast ängstlich zurück.

„Was ist denn, John? Gerade hast du noch freudig ausgesehen, warst ausgelassen wie ein kleiner Junge. Und jetzt stehst du wieder da wie ein betrübter Lohgerber, dem seine Felle davongeschwommen sind. Höre einmal, mein Junge! Da wir gerade dabei sind, muß ich dir sagen, daß du mir in der letzten Zeit gar nicht mehr gefällst.

Jetzt rück' einmal heraus mit der Sprache: Was bedrückt dich? Was macht dich denn so scheu und so unruhig?"

Betroffen stand John da, sah fast ängstlich den Bruder an. Ein ungeheurer Druck lagerte plötzlich auf seinem Herzen. Benahm er sich schon so, daß es auffallen mußte? Zog sich die Schnur zusammen, die um seinen Hals lag?

Hundert Pfund Sterling für den, der den Aufenthalt der Ellinor Grey ausfindig machte..., ging es blitzschnell durch Johns Kopf. Alles Blut drang ihm zum Herzen und nahm ihm fast den Atem. Eine plötzliche Schwäche überfiel ihn, er mußte sich setzen.

„Was ist dir, John? Warum bist du plötzlich so blaß geworden? Fehlt dir etwas?"

„Ich weiß es nicht, George ..."

„Junge, du bist krank. Leg' dich gleich ins Bett, ich werde den Arzt kommen lassen."

„Nein, George, ich bin nicht krank. Nur ... wie soll ich es dir sagen — — ich möchte so gern von hier 'raus..."

Fast stöhnend kam es von Johns Lippen; seine Hände bedeckten sein Gesicht.

„Heraus möchtest du hier? Wie soll ich das verstehen? Willst du nicht mehr bei mir bleiben? Gefällt es dir nicht mehr?"

„Doch ... George ..."

„Nur?"

„Herrgott, wenn ich dir das alles so sagen könnte! Ich ertrage dieses Leben nicht mehr, es ekelt mich an ... ich verachte mich selbst ... ich muß fort ..."

Entsetzt lauschte George diesem Ausbruch des Bruders. So hatte er den Jungen noch nie gesehen, nicht einmal damals, auf dem Schiff. Was quälte ihn denn? Er schien keine Ahnung davon zu haben, was eigentlich in Johns Herzen vor sich ging.

„John, hab' Vertrauen zu mir! Sag' mir doch, was dich quält. Ich möchte dir so gern helfen."

Liebevoll beugte sich George zu John nieder, legte seine Arme um die Schultern des Bruders.

John fing an, haltlos zu weinen, krampfhaft und unaufhaltsam; es durchschüttelte seinen ganzen Körper. Ratlos stand George da. Dieses Weinen — es griff ihm an die Seele.

Schon einmal hatte er dergleichen erlebt. Damals, als man seiner Mutter die Nachricht überbracht hatte von der Grubenkatastrophe. So hatte auch sie damals geweint.

Aber, das da, das war doch keine Frau, das war doch ein Mann. Was konnte nur mit John los sein?

(Fortsetzung folgt.)